

**Antrag Nr. 2**

**der Liste Kommunistische Gewerkschaftsinitiative International [KOMintern]  
an die 166. Vollversammlung am 25.05.2016 der Arbeiterkammer Wien**

## **Nein zur Aushebelung der Menschenrechte**

Neben dem schon länger geplanten "Asyl auf Zeit" und Einschränkungen beim Familiennachzug wurde nun durch die Novelle des Asylgesetzes auch die Möglichkeit für eine Notverordnung beschlossen. Diese kann die Regierung im Zusammenspiel mit dem Hauptverband zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der inneren Sicherheit erlassen. Damit könnten dann an der Grenze keine Asyl-Anträge mehr gestellt werden und die Flüchtlinge in die Nachbarstaaten zurückgeschoben werden.

Das grundlegende Menschenrecht auf Asyl wird unter Berufung auf einen angeblichen Notstand praktisch abgeschafft. Eilverfahren an der Grenze würden das Ende eines ordentlichen Rechtsverfahrens bedeuten. Österreich ist das viertreichste Land der EU und befindet sich in keiner Not- oder Katastrophensituation, die das Ausrufen eines nationalen Notstandes rechtfertigen würde. Es ist völlig inakzeptabel, Völker- und Menschenrechte außer Kraft zu setzen. Schutzsuchende Menschen haben das Recht auf ein ordentliches Asylverfahren.

Sogar UN-Generalsekretär Ban Ki-moon warnte vor der "zunehmend restriktiven Einwanderungs- und Flüchtlingspolitik" in Europa: "Solche Konzepte und Maßnahmen senden eine sehr negative Botschaft bezüglich Verpflichtungen der Staaten nach dem humanitären Völkerrecht und dem europäischen Recht aus".

Zentrale Bestimmungen des internationalen verbrieften Asylrechts wurden nun durch das Parlament außer Kraft gesetzt. Die Neuregelungen stehen direktem Widerspruch zum gemeinsamen Europäischen Asylsystem, zur EU Grundrechtecharta und zur Genfer Flüchtlingskonvention, die allesamt auf einer Teilung der Verantwortung im Flüchtlingsschutz beruhen.

Die schweren Menschenrechtsverstöße und der kontinuierliche Demokratieabbau gemahnen in Richtung der dunkelsten Kapitel der österreichischen Geschichte. Wer heute zu derartigen Unrechtsmaßnahmen gegen Schutzsuchende greift, wendet sie künftig leichter gegen Gewerkschaften, NGOs, Arbeitslose und andere unterdrückte Gruppen an. Die Konsequenzen der österreichischen Regierungspolitik sind, dass Flüchtlinge gefährlichere Fluchtrouten wählen müssen und dass mehr Menschen ums Leben kommen werden.

**Deshalb beschließt die Vollversammlung der Arbeiterkammer Wien:**

- Die AK Wien fordert eine menschliche Asylpolitik und die Einhaltung der Menschenrechte!
- Die AK Wien sagt Nein zum Abbau von Demokratie, Notverordnungen und Asyl auf Zeit!
- Die AK Wien lehnt jede Verschärfung der Asylgesetzgebung ab und fordert die Rücknahme der vor wenigen Wochen beschlossenen Asylrechts-Novelle!
- Die AK Wien fordert offene Grenzen für Flüchtlinge und sichere, legale Fluchtwege!